

Die Mehlerversorgung Pozsonns.

Bürgermeister Kön. Rat Theodor Broilly eröffnete gestern nachmittags 3 Uhr die außerordentliche Generalversammlung des städtischen Municipalausschusses. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stand die Frage der Mehler- und Getreideversorgung der Stadt Pozsonn.

Nachdem die Generalversammlung eröffnet wurde, berichtet der Bürgermeister über die letzte Verordnung der Regierungsbehörde, wonach Pozsonn zur Bedeckung seines Vorrates an Getreide und Mehl das Komitat Pozsonn nicht in Anspruch nehmen darf.

Infolge dieser Verordnung hat der Bürgermeister die wenigen Getreidevorräte auf dem Gebiete

Pozsonns mit Beschlag belegt, dasselbe wird schon gedroschen und in den Mühlen der Umgebung vermahlen. Natürlich reicht die Quantität bei weitem nicht aus.

Um auf die vielen Klagen zu antworten, die gegen die Stadtverwaltung und auch gegen die Person des Bürgermeisters in letzter Zeit laut wurden, erklärt Kön. Rat Theodor Broilly, daß die Stadt alles aufgeboten hat, um eine Mehlernot zu verhindern, keinen Modus unversucht ließ, dieselbe einzig und allein auf Budapest, auf die Regierung zurück zu führen ist. Bis Jänner d. J. ging alles gut, die Stadt hatte Verträge mit Mühlen, der Bedarf war gesichert. Im Januar wurde dieser Vertrag von der Regierung außer Kraft gesetzt und die Stadtgemeinde wurde der Kriegsproduktengesellschaft ausgeliefert. Es wurde für eine Bewohnererschaft von 81.182 Seelen ein monatliches Kontingent von 87 Waggons festgestellt. Später wurde dieses Quantum auf 37 Waggons herabgedrückt, indem 10 Waggons städtisches Mehl in der Mühle zu St. Miklos vom Militär einfach beschlagnahmt wurden. In einiger Zeit meldete die Stadtgemeinde an, daß sich die Zahl der auf Mehl angewiesenen Bürger um 11.000 Personen vermehrt habe, die Antwort darauf war, daß die Kriegsproduktengesellschaft das Monatskontingent mit 60 Waggons (!) festsetzte. Die Versorgung der Bewohnererschaft mit Mehl durch die Behörde wäre ja sehr gut durchführbar, doch muß man über das benötigte Quantum verfügen und außerdem immer ein Kontingent für einen Monat in Reserve haben, der den „eisernen Vorrat“ bilden soll. Wenn kein Mehl zur Verfügung steht, ist dieses System natürlich illusorisch. Die ernstesten Schwierigkeiten begannen damit, daß die Kriegsproduktengesellschaft nicht nur das am 14. Juli fällige Kontingent für den Monat Juli nicht auszufolgen vermochte, sondern obendrein von dem Juni-Kontingent mit elf Waggons Mehl schuldig blieb.

Nun kamen von Anfang Juli angefangen Telegramme der Ministerien, worin der „erste Bürger der Stadt“ aufgefordert wird, mit dem vorhandenen Mehl zu sparen. Anfangs hieß es Geduld zu haben, das Juli-Kontingent werde einige Tage später ausgefolgt, nachdem der Heeresbedarf mit einem Mal sehr gestiegen ist, dann folgten weitere Telegramme, worin angeordnet wird, mit dem vorhandenen Quantum je mehr zu sparen, ja die letzte Anordnung sprach davon, es müsse bis August durchgehalten werden.

Der Bürgermeister mußte alle Maßregeln ergreifen, um mit dem vorhandenen Quantum je länger auszuhalten, versäumte aber nicht telegraphisch, telephonisch und persönlich immer wieder alle jene Faktoren dringendst zu ersuchen, der Stadt Mehl zur Verfügung zu stellen. Alles war vergeblich. Heute muß er der Generalversammlung anmelden, daß, wenn alles gut geht und die Detailrationen vermindert werden, die Stadt bis 26. Juli mit Mehl versorgt ist. Abhilfe ist allenfalls sehr dringend notwendig.

Kön. Rat Theodor Broilly dankt dem Municipalausschuß, daß ihm Gelegenheit geboten wurde, über die Mehlerfrage alles sagen zu können; beantragt das letzte Ministerialreskript mit Bedauern zur Kenntnis zu nehmen, jedoch die Generalversammlung möge sich dringend an die Regierung wenden, damit Abhilfe geschaffen werde.

Nach dem Vortrage des Bürgermeisters entstand eine lange Debatte.

Repr. Alois Lang er zollt dem Bürgermeister Dank und Anerkennung für seine Mühe. Die Repräsentanz müsse eine Deputation nach Budapest entsenden, die der Regierung unsere Lage klarlegt und Hilfe verschaffe.

Repr. Hugo Dewald gibt praktische Vorschläge: Die Stadt soll Kartoffelvorräte anhäufen.

Repr. Max Stein meint, daß der Regierung gegenüber energisch aufzutreten werden muß. Wenn andere Städte Mehl haben können, müssen wir solches auch bekommen.

Repr. Wiener meint, die Getreidegesellschaft soll uns das tägliche Brot geben, die habe noch genug lagern. Wir haben hier die Leute vor den Bäckerläden und Milchgeschäften stundenlang stehen.

Dr. Jakob Fischer glaubt, daß wir die letzten Konsequenzen ziehen müssen. Die Regierung verkauft ihre Monopolartikel in allen Geschäften und warum sollte das nicht mit dem beschlagnahmten Getreide geschehen können.

Repr. Baumler unterstützt den Antrag Engelis auf Errichtung von Kriegsküchen, aber nicht jenen Antrag Engelis, welcher sich darauf bezieht, nicht Mehl auszuteilen, sondern nur Brot.

Repr. Dr. Gombai erklärt, man könnte noch wochenlang über diese Frage sprechen. Man möge aber nicht vergessen der Selben im Hinterlande: der armen Männer, Frauen und Kinder, welche mit Ruhe und Würde auf Brot und Mehl warten.

Repr. Steffelhuber meint, Engelis Antrag auf Errichtung von Kriegsküchen habe noch Zeit bis zum November, jetzt gilt es zu helfen. Dewalds Antrag auf Beschaffung von Kartoffeln unterstützt er wärmstens. Auch haben wir viel Reis lagern; derselbe sollte im Notfalle sofort ausgefolgt werden. Wir haben ja nur mehr für zwei-drei Tage Mehl.

Repr. Dr. Feber verliest einen Beschlusantrag, welcher nur dahin eine Modifikation verlangt, daß das Reskript des Ministers nicht mit Bedauern, sondern mit Verblüffung zur Kenntnis zu nehmen wäre.

Bürgermeister Broilly reflektiert noch auf die Worte Dr. Fischers. Er sagt, daß in keiner Stadt außer Budapest so viel Verkaufsstellen für Brot und Mehl vorhanden waren, wie in Pozsonn hier nämlich 126 bis 130. Für die Zukunft werden die Daten zusammengestellt. Die Verteilung wird bezirksweise erfolgen und jeder Konsument wird auf seiner Karte ersichtlich finden, wo er eine Ration an Brot und Mehl erhält. Die Kriegsgetreidegesellschaft wurde dezentralisiert. Die Pozsonner Expositur liefert nur das Plus an die Budapestener Zentrale; alles andere bleibt hier. Derzeit steht nicht nur Pozsonn so schlecht, sondern auch Sopron, Pez und sogar Debreczen, wo tagelang kein Mehl zu haben war. Jrgendwo steckt ein Fehler, aber es läßt sich nicht herausfinden, wo. In der einen Stadt findet sich z. B. kein Vorrat, während im nächsten Dorf alles vorhanden ist. In Deutschland bekommt der Reichste ebenso viel wie der Ärmste. (Allgemeine Ausruf: Das ist das Richtige.)